

**Raumkonzept für die Unterbringung der Verwaltung (Antrag der FE- und CDU-Fraktion)**

- **Kenntnisnahme des Sachstandsberichts und Entscheidung über das weitere Vorgehen**
- 

**Beschluss: (23:8 Stimmen)**

**Der Sachstandsbericht über das Raumkonzept und die verschiedenen Varianten werden zur Kenntnis genommen.**

- - -

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

**A. Ausgangslage**

Auf Antrag der FE- (mit Schreiben vom 22.01.2008) und CDU-Fraktion (mit Schreiben vom 30.01.2008) hat der Gemeinderat die Verwaltung mit Beschluss in der öffentlichen Sitzung am 27.02.2008, R. Pr. Nr. 16, beauftragt, dem Verwaltungsausschuss ein Raumkonzept für die Unterbringung der Verwaltung vorzulegen. In den o. g. Anträgen wird vor allem eine Aussage unter den Aspekten Raumökonomie, Haushaltsrelevanz, Bürgerfreundlichkeit und Umweltrelevanz gefordert.

Hintergrund für die Beauftragung ein Raumkonzept für die Verwaltung zu erstellen, ist das im Jahre 2015 auslaufende Mietverhältnis des Gebäudes "Albarkaden" in der Schillerstraße 7 - 9. Das Gebäude wurde im Jahr 1995 für 20 Jahre angemietet. Hier sind auf 1.784 m<sup>2</sup> derzeit 67 Mitarbeiter tätig. Nach dem bestehenden Mietvertrag muss die Stadt Ettlingen bis spätestens zum 31.03.2014 entscheiden, ob die Verlängerungsoption für zehn Jahre wahrgenommen wird oder bis spätestens 31.03.2012 kündigen. Die Stadt bezahlt für die Anmietung durchschnittlich 250.000 € pro Jahr (Nettomiete, ohne Betriebskosten und Reinigung). Dies entspricht einer Monatsmiete von 11,68 € pro m<sup>2</sup>.

Die Verwaltung hat in einem ersten Schritt den Ist-Bestand an Büroflächen, Mitarbeitern und Gebäuden, in denen Verwaltungsbereiche untergebracht sind, zusammengefasst. Die Firma vollack archiTec GmbH hat unter Beteiligung aller Amtsleiter im Rahmen eines Workshops eine theoretische "Optimallösung" entwickelt, diese in ein Standardgebäude übertragen und dafür die voraussichtlich zu erwartenden Kosten ermittelt. Eine vergleichbare Kostenermittlung der Bestandsgebäude sowie der konkreten alternativen Standorte wurde bisher aus Kostengründen noch nicht beauftragt.

Die Stadtverwaltung Ettlingen ist derzeit mit ihren 611 Mitarbeitern (Stand: August 2008) verteilt über das gesamte Stadtgebiet in 41 Gebäuden untergebracht (vgl. Anlage 1). Das vorliegende Raumkonzept umfasst nur die städtischen Dienststellen, Mitarbeiter und Standorte, die nicht aufgrund sachlicher oder politischer Notwendigkeiten am bisherigen Ort verbleiben sollten. Deshalb wurden folgende Standorte nicht untersucht:

allgemein bildende Schulen	13
Ortsverwaltungen	6
kulturelle Einrichtungen incl. ihrer Verwaltungsbereiche	3
Schülerhorte, städt. Kindergarten und Seniorenzentrum	3
Gärtnerei, Baubetriebshof, ABM-Bauhof und Forstabteilung	4
Stadt- und Schlossgartenhalle	2
Grundbuchamt	1

Feuerwehr	1
insgesamt	33

Die Untersuchung umfasst damit für 209 Mitarbeiter in den folgenden Standorten eine derzeitige Fläche von 6.854 m<sup>2</sup>:

- Schillerstr. 7 – 9, Albarkaden
- Marktplatz 2, Rathaus
- Kirchenplatz 1 – 3
- Kirchenplatz 5 – 7
- Kirchenplatz 9
- Klostergasse 8, Kutschengebäude
- Ottostr. 5 (teilweise)
- Schloss (teilweise)

## **B. Personal**

Die Verwaltung geht davon aus, dass die Gesamtanzahl der Mitarbeiter zukünftig konstant bleibt, wobei sicherlich Verschiebungen zwischen den einzelnen Dienststellen erfolgen werden. Aus diesem Grund wird bei der jetzigen Planung die aktuelle Beschäftigungszahl - zuzüglich einer Sicherheitsreserve von 10 % - zu Grunde gelegt.

Würde es für die Unterbringung der Verwaltung einen zentralen Neubau geben, in dem alle Mitarbeiter (einschließlich Ottostraße 5, jedoch ohne Baubetriebshof und Arbeiter) untergebracht werden, werden Flächen für 209 Beschäftigte, zuzüglich der Sicherheitsreserve von 10 %, also insgesamt für 230 Mitarbeiter, benötigt. Verbleiben die Mitarbeiter der Ottostraße 5 im bisherigen Gebäude, müssten für 161 Mitarbeiter – zuzüglich der 10 %igen Sicherheitsreserve – und somit für insgesamt 177 Mitarbeiter Flächen bereitgestellt werden.

Daher wird dem ermittelten Raumbedarf, der notwendig ist, um die übertragenen Aufgaben in Zukunft rationell, wirtschaftlich und bürgerfreundlich zu erledigen, eine Mitarbeiterzahl von 230 bzw. 177 zugrunde gelegt. Benötigt werden für 230 Mitarbeiter rund 6.621 m<sup>2</sup> und für 177 Mitarbeiter ca. 5.100 m<sup>2</sup> Flächen (vgl. Anlage 2).

## **C. Entscheidungsmöglichkeiten/Varianten**

Für die weiteren Planungen und das weitere Vorgehen ist vom Gemeinderat eine Grundsatzentscheidung über die zukünftige Unterbringung der Verwaltung zu treffen. Unter Berücksichtigung der räumlichen Gesamtsituation der Stadtverwaltung ergeben sich mehrere Entscheidungsmöglichkeiten (Varianten):

- I) Die Situation im Gebäude Albarkaden bleibt unverändert
- II) Das Gebäude Albarkaden wird erworben
- III) Die im Gebäude Albarkaden untergebrachten Ämter werden dezentral verlagert
- IV) Die im Gebäude Albarkaden untergebrachten Ämter werden zentral verlagert
- V) Die im Gebäude Albarkaden untergebrachten Ämter und weitere werden zentral verlagert

Diese werden im Folgenden erläutert:

#### Zu I) Die Situation im Gebäude Albarkaden bleibt unverändert

Wenn die Stadt Ettlingen die bestehende Verlängerungsoption für weitere zehn Jahre wahrnimmt, verbleiben die Dienststellen wie bisher in den vorhandenen Räumen.

Vorteile:

- keine Investitions- und Umzugskosten
- bekannter, eingeführter Standort

Nachteile:

- die Raumkapazität des Gebäudes ist erreicht und nicht zu erhöhen
- Gebäude mit 20 Jahre altem technischen Standard
- Gebäude mit 20 Jahre altem energetischen Standard
- räumlich nicht optimiertes Verwaltungsgebäude
- dezentrale Unterbringung der Verwaltung wird beibehalten
- aufwändige Betreuung, Haustechnik, Zugangs- und Datenschutz

#### Zu II) Das Gebäude Albarkaden wird erworben

Um die Verwaltung dauerhaft am bisherigen Standort beizubehalten, könnte das Gebäude incl. der Wohnungen erworben werden. Der Gutachterausschuss hat das Objekt am 29.06.2007 mit einem Verkehrswert von 4,5 – 4,8 Mio. € bewertet. Der Stadt liegt von der Konrad Günter GmbH & Co. KG ein Verkaufsangebot vom 19.11.2007 zu einem Preis von 5,3 Mio. € vor. Mit Schreiben vom 22.08.2008 wurde dieses Angebot zurückgezogen und die Stadt gebeten, im Falle einer Kaufabsicht ein eigenes Angebot vorzulegen.

Vorteile:

- keine Umzugskosten
- bekannter, eingeführter Standort
- Raumreserve für max. 60 weitere Arbeitsplätze in den bisherigen Wohn- und Gewerbeflächen

Nachteile:

- Gebäude mit 20 Jahre altem technischen Standard
- Gebäude mit 20 Jahre altem energetischen Standard
- räumlich nicht optimiertes Verwaltungsgebäude
- dezentrale Unterbringung der Verwaltung wird beibehalten
- aufwändige Betreuung, Haustechnik, Zugangs- und Datenschutz
- Kündigung der Mieter und des Gewerbes

#### Zu III) Die im Gebäude Albarkaden untergebrachten Ämter werden dezentral verlagert

Die derzeit 67 Arbeitsplätze der Albarkaden könnten langfristig gesehen bis 2019 auf verschiedene Gebäude verteilt werden, z. B. Gebäude Neuer Markt 9 – 11, die Gebäude am Kirchenplatz und im Schloss.

Vorteile:

- überwiegend bekannte, eingeführte Standorte
- bessere Gebäudeausnutzung der vorhandenen Verwaltungsgebäude

Nachteile:

- Umbaukosten bei bestehenden Gebäuden
- Umzugskosten
- Gebäude mit 20 Jahre altem technischen Standard
- Gebäude mit 20 Jahre altem energetischen Standard
- räumlich nicht optimierte Verwaltungsgebäude
- dezentrale Unterbringung der Verwaltung wird beibehalten
- aufwändige Betreuung, Haustechnik, Zugangs- und Datenschutz
- Miete für weitere vier Jahre in den Albarkaden (2015 bis 2019, bis die Mietverträge für das Gebäude Neuer Markt auslaufen)

#### Zu IV) Die im Gebäude Albarkaden untergebrachten Ämter werden zentral verlagert

Die derzeit 67 Arbeitsplätze der Albarkaden könnten in ein anderes, ggf. neu zu errichtendes Gebäude verlagert werden (vgl. Anlage 3).

Vorteile:

- Optimierung der Raumkapazität und Raumaufteilung
- Kostenreduzierung durch neuen technischen Standard
- Kostenreduzierung durch neuen energetischen Standard
- Wahlmöglichkeit zwischen Kauf oder Miete

Nachteile:

- Umzugs- und ggf. Investitionskosten
- kein bekannter, eingeführter Standort
- dezentrale Unterbringung der Verwaltung wird beibehalten
- aufwändige Betreuung, Haustechnik, Zugangs- und Datenschutz

#### Zu V) Die im Gebäude Albarkaden untergebrachten und weitere Ämter werden zentral verlagert

Die derzeit 67 Arbeitsplätze der Albarkaden und maximal 142 weitere Arbeitsplätze (zusammen 209 Arbeitsplätze) aus anderen Gebäuden, zuzüglich der Sicherheitsreserve (somit insgesamt 230 Arbeitsplätze) könnten in ein anderes, ggf. neu zu errichtendes Gebäude verlagert werden (vgl. Anlage 3).

Vorteile:

- Optimierung der Raumkapazität und Raumaufteilung
- Optimierung von Betreuung, Haustechnik, Zugangs- und Datenschutz
- Kostenreduzierung durch neuen technischen Standard
- Kostenreduzierung durch neuen energetischen Standard
- Reduzierung der Infrastruktur- und Prozesskosten
- Bürgerfreundlichkeit (Besucherparkplätze, Barrierefreiheit, eine Anlaufstelle)
- Wahlmöglichkeit zwischen Kauf oder Miete

Nachteile:

- Umzugs- und ggf. Investitionskosten
- kein bekannter, eingeführter Standort
- Nachnutzung der bisherigen Verwaltungsgebäude noch unklar

## D. Verwaltungsvorschlag

### 1. Ergebnis des Verwaltungsworkshops

Aufgrund der oben geschilderten Vor- und Nachteile und unter Berücksichtigung des Ergebnisses des Workshops schlägt die Verwaltung Variante

C V): die im Gebäude Albarkaden untergebrachten und weitere Ämter werden zentral verlagert

vor. Das vorliegende Raumkonzept hat das Ziel, Arbeitsabläufe zu optimieren, Gebäudekosten und Kosten der technischen Ausstattung zu reduzieren, notwendige Raumreserven bereitzustellen und der Stadtverwaltung langfristig eine zeit- und sachgemäße Unterbringung zu gewährleisten. Für die Zusammenführung der Stadtverwaltung in einem Gebäude ist wegen der zersplitterten und zum Teil unbefriedigenden Unterbringungssituation die Erstellung eines neuen Verwaltungsgebäudes erforderlich.

Es ergibt sich eine „große Lösung“, die – in einem zukünftigen Gebäude zusammengefasst – alle weiteren Funktionsbereiche und Ämter aufnimmt. Diese sieht vor, dass – außer Bauhof – sämtliche Funktionsbereiche aus der Ottostraße in einem Neubau/Umbau integriert werden. Unbestritten ist, dass in einer maßgeschneiderten, kompakten baulichen Lösung für die Funktionen der „großen Lösung“ zukünftig die größten Einsparpotentiale in Betrieb und Unterhalt zu erwarten sind.

Durch die Möglichkeit einer Flächenoptimierung können bei nahezu gleich bleibender Gesamtfläche von rund 6.621 m<sup>2</sup> folgende, bisher nicht vorhandene Raumflächen geschaffen werden:

- bisher nicht vorhandene Besprechungsräume
- ein erweitertes Bürgerbüro.

Die von außen (Bürger/Kunden) wahrnehmbare Identität der Stadtverwaltung kann durch eine einheitliche Unterbringung deutlicher werden. Der umfassende Dienstleistungscharakter der Stadtverwaltung wird deutlich. Der größere Publikumsverkehr innerhalb eines Gebäudes führt dazu, dass sich die Stadtverwaltung mit ihren vielfältigen Aufgaben besser bei den Bürgern/Kunden einprägt und von diesen auch positiver wahrgenommen wird.

Die Identität der Mitarbeiter mit der Stadtverwaltung kann durch eine gemeinsame Unterbringung und ein dadurch verbessertes Zusammengehörigkeitsgefühl deutlich gesteigert werden. Dies führt zu einer besseren Kommunikation, einer effektiveren Zusammenarbeit und bietet mittelfristig auch monetäre Synergieeffekte. Außerdem ist auf die energetische Verbesserung eines modernen Gebäudes hinzuweisen, durch die langfristig Einsparungen im Betrieb möglich sind.

Vor einer noch zu beauftragenden detaillierten Wirtschaftlichkeitsuntersuchung können bereits jetzt folgende monetäre Einsparungen dem Grunde nach benannt werden:

- Wegfall von Gebäudekosten (Miete, Bewirtschaftung, Bauunterhaltung) der bisherigen Gebäude
- Geringere Kosten für die Telekommunikations- und EDV-Betreuung
- Reduzierung der Miet- und Wartungskosten für die dezentral aufgestellten Kopierer, Drucker, Faxgeräte und sonstigen technischen Geräten
- Effektivere Auslastung gemeinsam genutzter Einrichtungen wie Hausmeistertätigkeiten, Poststelle, Besprechungsräume, Dienstfahrzeuge
- Wegfall interner Reibungsverluste und Wegezeiten infolge der dezentralen Unterbringung
- Mieteinnahmen/Verkaufserlöse (z. B. beim Kirchenplatz)

## 2. Mögliche neue Standorte

Als mögliche neue Standorte für ein zentrales Verwaltungsgebäude stehen folgende, flächenmäßig geeignete Grundstücke zur Verfügung. Soweit diese bisher noch nicht im Eigentum der Stadt stehen, wird von einer Erwerbsmöglichkeit ausgegangen (vgl. Anlage 4).

- Pforzheimer Straße, Altes Feuerwehrgelände, ca. 4.500 m<sup>2</sup> (städt. Eigentum)
- Wilhelmstraße Volksbank, ca. 3.900 m<sup>2</sup>
- Schöllbronner Straße, koehler decor, ca. 27.500 m<sup>2</sup>
- Ottostraße, Stadtbauamt, ca. 22.000 m<sup>2</sup> (städt. Eigentum)
- Karlsruher Straße, entory, ca. 6.000 m<sup>2</sup>

Diese Grundstücke wurden unter folgenden Gesichtspunkten bewertet:

- Erreichbarkeit mit dem ÖPNV (ÖPNV)
- Entfernung zur Innen-/Altstadt (Innenstadt)
- Entfernung zu anderen kommunalen/staatlichen Verwaltungseinrichtungen (Verwaltung)
- rechtliche und zeitliche Verfügungsmöglichkeit über das Grundstück (Verfügbarkeit)

Eine inhaltliche Gewichtung der einzelnen Bewertungskriterien wurde nicht vorgenommen.

### c. Bewertung

Standort	ÖPNV	Innenstadt	Verwaltung	Verfügbarkeit	Summe
Pforzheimer Str. Feuerwehr	++	+++	+++	+++	11
Wilhelmstr. Volksbank	+++	+++	++	+	9
Schöllbronner Str. koehler	+++	++	+	+	7
Ottostr. Stadtbauamt	+	+	+	+++	6
Karlsruher Str. Entory	+	+	+	+	4

Die Verwaltung schlägt vor, für die Gebäude Pforzheimer Straße (Feuerwehr), Wilhelmstraße (Volksbank) und Schöllbronner Straße (Koehler) eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zu beauftragen, um die konkreten Kostenbelastungen oder Kostenentlastungen bei einer Verlagerung der Verwaltung zu ermitteln.

Die Verwaltung empfiehlt, eine Wirtschaftlichkeitsberechnung über den derzeitigen Gebäudebestand und die alternativen Standorte in Auftrag zu geben. Einerseits wird eine Grundlage geschaffen, um eine Vergleichbarkeit der Gebäude zu ermöglichen und andererseits, um erste Kostenschätzungen zu erhalten.

Sobald die Ergebnisse der Wirtschaftlichkeitsberechnung vorliegen, wird dem Gemeinderat eine Vorlage zur Grundsatzentscheidung über das Raumkonzept vorgelegt.

Für alle Mitglieder des Gemeinderats sind folgende Anlagen beigelegt:

- Anlage 1: Übersicht über die Standorte der Stadtverwaltung
- Anlage 2: bisherige Gebäudeflächen
- Anlage 3: künftiger Bedarf an Gebäudeflächen bei einem Neubau
- Anlage 4: Stadtplan mit möglichen Standorten

Eine Vorberatung der Angelegenheit fand in der nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses am 23.09.2008 statt. Dieser Tagesordnungspunkt wurde in der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 08.10.2008 vertagt. Auf die Erläuterungen zu dieser Sitzung, die allen Mitgliedern des Gemeinderats zugingen, wird hingewiesen.

- - -

Stadtrat Fey berichtet, dass das lang geforderte Raumkonzept nun endlich vorliege und es im Gemeinderat hierzu unterschiedliche Meinungen gäbe und die FE-Fraktion die Vorlage beispielsweise nicht mal zur Kenntnis nehmen wolle. Seiner Meinung nach befinde man sich bei diesem Thema noch in einem Brainstorming, die Situation werde in der Vorlage dargestellt und es erfolge eine Gegenüberstellung mit einem zentralen Neubau, den die Verwaltung favorisiere. Er stellt klar, dass heute keine Grundsatzentscheidung getroffen werden solle, sondern eine Wirtschaftlichkeitsberechnung in Auftrag gegeben werden müsste, da der Gemeinderat sonst keine sinnvolle Entscheidung treffen könne. Erst nach diesen Wirtschaftlichkeitsberechnungen könne der Gemeinderat sagen, ob für die Unterbringung der Verwaltung ein Neubau oder die Beibehaltung der bisherigen Unterbringung beschlossen werde. Er fügt hinzu, dass Modernisierungsmaßnahmen an alten Gebäuden in der Wirtschaftlichkeitsberechnung berücksichtigt werden müssten. Er vertritt auch die Auffassung, dass aus Objektivitätsgründen die Wirtschaftlichkeitsberechnung von einem Dritten vorgenommen werden sollte. Er stellt den Änderungsantrag die erforderlichen Mittel unter Beschlussziffer 3 auf 100.000 € zu reduzieren, da diese seiner Meinung nach ausreichen würden, da der Gemeinderat im Verwaltungsausschuss die zu untersuchenden Standorte gekürzt habe.

Stadtrat Deckers ist der Meinung, dass der Gemeinderat überhaupt nicht beschließen könne, dass er was zur Kenntnis nehme. Er persönlich weigere sich, diese Vorlage zu Kenntnis zu nehmen, da diese nicht dem Antrag seiner Fraktion entspreche. Er führt weiter aus, dass die FE-Fraktion beantragt habe, zu prüfen, wie sich die Verwaltung in den nächsten Jahren darstellen werde und diese Frage werde nicht mal auf einer Seite in der Vorlage beantwortet. Seiner Meinung nach sei ein Raumkonzept die Entwicklung einer Vision und die sei hier nicht gegeben. Er fügt hinzu, dass klar sei, dass ein Neubau effizienter wäre, er sich jedoch frage, ob die Stadt dies überhaupt finanzieren könne. Er verweist weiterhin auf ein Gutachten das besage, dass die Verlagerung der Verwaltung aus der Innenstadt heraus auch die Leute aus der Stadt heraus ziehe. Er lehnt für die FE-Fraktion den Verwaltungsvorschlag ab.

Stadträtin Riedel unterrichtet, dass man von Grund auf überlegen müsse, was man sich in Zukunft vorstelle und wie die Verwaltung langfristig gesehen untergebracht werden könne, damit Arbeitsabläufe optimiert werden und Arbeitsplätze nach den Arbeitsschutzverordnungen vorhanden sind. Sie stimmt dem Antrag zu, die erforderlichen Mittel auf 100.000 € zu reduzieren und plädiert für die Einholung eines neutralen Gutachtens.

Stadtrat Siess lehnt für die Grünen den Beschlussvorschlag ab und ist erschüttert darüber, dass das nächste Fass aufgemacht werden solle. Er fügt hinzu, dass wenn ein neues Verwaltungsgebäude auf dem bisherigen Feuerwehreal gebaut werde, die nächste Baustelle aufgemacht werde und er dies nicht zur Kenntnis nehmen wolle und der nächste Gemeinderat hierüber entscheiden sollte.

Stadträtin Lumpp lässt wissen, dass die Verwaltungsvorlage nicht das sei, was sie sich erhofft habe, jedoch habe sich die Verwaltung darüber Gedanken gemacht, welche Verwaltungsbereiche in das Raumkonzept einbezogen werden müssen. Sie stellt klar, dass sie schon lang für einen Neubau plädiere, da dies letztendlich die wirtschaftlichste Lösung sei. Sie fügt hinzu, dass man einen Altbau nicht mit einem Neubau vergleichen könne und sie bereits heute sagen könne, dass der Neubau günstiger sei. Sie plädiert dafür, diese Idee weiter zu verfolgen, lehnt es jedoch ab, hierfür 150.000 € bereitzustellen. Zu Beschlussziffer 2 erläutert sie, dass die Verwaltung ein Konzept vorlegen solle, wie viele Arbeitsplätze verlagert werden müssen und in welchen Bereichen es besonders klemme. Sie fügt hinzu, dass

die Verwaltung beim Abschluss des Mietvertrages für das Rote Rathaus über den Tisch gezogen worden sei.

Stadtrat Künzel ist der Meinung, dass die Fragen der FE-Fraktion in dieser Vorlage nicht beantwortet seien. Er informiert darüber, dass die Verwaltung eine Verwaltungsreform ange-regt habe, das Amt für Wirtschaftsförderung und Gebäudewirtschaft gebildet worden sei und dieses nun tätig werden solle und kein externes Büro für eine Wirtschaftlichkeitsberechnung beauftragt werden sollte. Er lässt wissen, dass ihm eine plumpe Statistik ausgereicht hätte, die Verwaltung es sich jedoch mit der Vorlage leicht gemacht habe, da die Feuerwehr um-ziehe und die Verwaltung nun vorschlage, dort einen Neubau zu errichten.

Bürgermeisterin Petzold-Schick gibt zu, dass der Mietvertrag für das Rote Rathaus sehr großzügig abgeschlossen worden sei.

Stadtoberamtsrat Lechner lässt wissen, dass sich die Verwaltung differenziert Gedanken über das Raumkonzept gemacht habe und man sich zu Anfang die Frage hat stellen müs-sen, wer „Verwaltung“ überhaupt ist und wer in das künftige Raumkonzept einbezogen wird. Er erläutert, dass Bereiche, wie beispielsweise der Forst, dort untergebracht bleiben sollen, wo sie derzeit sind, obwohl dieser Bereich eigentlich zum Stadtbauamt gehöre. Er betont, dass die Verwaltung die Rahmenbedingungen festgelegt habe. Er informiert darüber, dass jährlich viel Geld, unter anderem für die Kommunikationsstruktur, ausgegeben werde und in einigen Bereichen andere Probleme, wie beispielsweise mit der Dämmung, vorhanden seien. Er lässt wissen, dass nun die Frage beantwortet werden müsse, ob es günstiger sei die bis-herigen Kosten in Kauf zu nehmen oder in einen Neubau zu investieren, bei dem dann die laufenden Kosten günstiger seien. Er weist darauf hin, dass die Verwaltung dem Gemeinderat vor drei Jahren ein Konzept zur Verdichtung der Verwaltung im Rathaus und der Verlän-gerung zum Kirchenplatz hin vorgelegt habe und dies abgelehnt worden sei. Er betont, dass die Verwaltung einen Weg gehen müsse, da der Mietvertrag mit dem Roten Rathaus bis zum Jahr 2015 auslaufe.

Bürgermeisterin Petzold-Schick lässt wissen, dass das Ergebnis des Gutachtens noch nicht bekannt sei und eine Wirtschaftlichkeitsberechnung eingeholt werden sollte.

Stadtrat Foss lässt wissen, dass es bis heute Abend Konsens im Gemeinderat gewesen sei, dass das Stadtarchiv aus dem Schloss ausgelagert werden solle. Seiner Meinung nach laufe die ganze Sache nicht auf einen Neubau hinaus, die Verwaltung tendiere zwar hierzu, jedoch müsse heute keine Entscheidung hierüber getroffen werden. Er weist darauf hin, dass der Gemeinderat Alternativen zum Roten Rathaus suchen müsse und der Gemeinderat selbst die Listen mit den alternativen Standorten gekürzt habe. Er begrüßt, dass der Gemeinderat die Sache auch kritisch sehe, jedoch müsse eine Wirtschaftlichkeitsberechnung her, um über alternative Standorte überhaupt diskutieren zu können.

Stadträtin Hofmeister erkundigt sich, wann die Verwaltung dem Gemeinderat die Vorlage über den Vollzug der Neuorganisation vorlegen werde. Sie wirft die Frage auf, welche Art von Fachleuten für die Wirtschaftlichkeitsberechnung beauftragt werden sollen und betont, dass der Gemeinderat handeln und die Verwaltung beauftragen müsse, Wirtschaftlichkeits-berechnungen einzuholen. Sie erinnert weiterhin an den Antrag der SPD-Fraktion, einen städtebaulichen Wettbewerb für das Feuerwehreal durchzuführen.

Stadtrat Dr. Ditzinger lässt wissen, dass ihm aus der bisherigen Diskussion nun nicht mehr klar sei, was gemacht werden solle und er der Vorlage daher nicht mehr zustimmen könne.

Stadträtin Lumpp ist der Meinung, dass in den Köpfen der Gemeinderäte ein Betrag von 12 bis 30 Mio. € für das Raumkonzept herumschwirre und sie auf Grundlage der Zahlen die Verwaltung bitte, die Kosten für einen Neubau darzustellen.

Stadtrat Deckers antwortet, dass Herr Lechner im Verwaltungsausschuss gesagt habe, dass man auf einen Betrag über 10 Mio. € inkl. des Grundstückskaufs komme.

Stadträtin Lumpp stellt klar, dass sie keine 150.000 € in eine Wirtschaftlichkeitsberechnung investieren wolle. Sie unterrichtet, dass der Gemeinderat der Verwaltung verboten habe, den Dachboden auszubauen, da damals das Raumkonzept gefehlt habe. Sie bittet darum, dies nun erneut aufzunehmen und zu prüfen, ob die Mitarbeiter des Roten Rathauses in bestehende Verwaltungsgebäude verlagert werden können.

Stadtoberamtsrat Lechner bittet darum, dass er heute den Auftrag vom Gemeinderat erhalte, Gespräche mit der Firma Vollack und Habak-Ingeneuren – die auch den Verwaltungsneubau des Landratsamtes Rastatt begleitet haben – zu führen. Er fügt hinzu, dass der Ausbau der Dachräume unter dem Punkt „Innenverdichtung“ einfließe.

Stadträtin Hofmeister schlägt vor, diese Vorlage erneut an den Ausschuss zu verweisen, mit dem Auftrag an die Verwaltung welches Konzept vorgelegt werden solle.

Stadtrat Deckers hält als Gegenrede, dass die Vorlage nicht brauchbar sei und daher nicht erneut in die Vorberatung kommen solle.

Der Antrag von Stadträtin Hofmeister wird mit 19:8 Stimmen (4 Enthaltungen) abgelehnt.

Ohne weitere Aussprache stimmt der Gemeinderat Beschlussziffer 1 mit 23:8 Stimmen zu.

Beschlussziffer 2 wird mit 20:10 Stimmen (1 Enthaltung) abgelehnt.

Bürgermeisterin Petzold-Schick stellt fest, dass sich hiermit die Abstimmung über Beschlussziffer 3 erübrige.

- - -